



JUB!K Jugendbotschafter*innen
für Umweltbildung und
Klimaschutz

Ein Projekt des
Türkischen Bundes in Berlin - Brandenburg



Klimagerechtigkeit

Klimagerechtigkeit betrachtet die gegenwärtige menschengemachte Klimakrise als ein ethisches und politisches Problem, anstatt lediglich als eine Umwelt- und technische Herausforderung. Nach dem Klimagerechtigkeitsverständnis müssten die Hauptverursacher*innen der Klimakrise auch den größten Anteil dazu beitragen, um die Klimakrise zu begrenzen und die Folgen des Klimawandels abzumildern (sogenanntes Verursacher*innenprinzip). Länder, Menschen und die Wirtschaft im Globalen Norden sind für über 90 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich und das, obwohl hier nur 19 % der Weltbevölkerung lebt. Gleichzeitig sind die Länder und Menschen im Globalen Süden am stärksten von den negativen Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Die Verantwortung für die Klimakrise und ihre Folgen sind also ungleich verteilt.

Gefördert durch:

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz	BERLIN	
--	---------------	---

Die **19%** der Weltbevölkerung
im **Globalen Norden** sind für
92% der **weltweiten CO₂-**
Emissionen verantwortlich...

...die **restliche**
Weltbevölkerung

für die **letzten 8%**



Abbildung aus: „Kolonialismus und Klimakrise
–über 500 Jahre Widerstand“, Seite 33,
Herausgeberin: Jugend im Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland e.V., Juli 2021

Es ist also nicht verwunderlich, dass die Forderung nach Klimagerechtigkeit seit über 20 Jahren von Menschen aus dem Globalen Süden gestellt wird, da sie die am stärksten betroffenen Personen der Klimakrise sind (verwendet wird der Begriff MAPA, Most Affected People and Areas). Doch warum ist das eigentlich so? Klimakrise und Umweltzerstörung sind nicht von sozialer Ungleichheit und global wirksamen Macht- und Unterdrückungsstrukturen trennbar. Die Wurzeln für die Entstehung der Klimakrise reichen weit zurück und sind eng verbunden mit dem europäischen Kolonialismus. Der Kolonialismus und die damit verbundene Ausbeutung von Natur und Mensch beruhte auf einem neuen Gesellschaftssystem, das auf vermeintlicher „Überlegenheit“ der Kolonisator*innen beruhte und auf dem System des Rassismus aufgebaut war. Nicht nur die Menschen in den kolonisierten Ländern wurden als „unterlegen“ und „anders“ dargestellt. Auch die Entfremdung von der Natur wurde vorangetrieben. Diese Entfremdung ging einher mit der Ansicht, dass die Natur ausgebeutet werden kann, um die Bedürfnisse der Kolonisator*innen zu befriedigen. Die Versklavung von Menschen, ihre Ausbeutung und der Raubbau an der Natur im Globalen Süden nahm ihren Anfang ohne jegliches Unrechtsempfinden auf Seiten der Kolonisator*innen. Auch wenn die Kolonialzeit offiziell beendet ist, sind mit ihr das koloniale Denken, der Rassismus und die Macht- sowie Unterdrückungsstrukturen nicht verschwunden. Heutzutage wird in diesem Zusammenhang von einer neuen Form des Kolonialismus gesprochen (dem Neokolonialismus). Wenn wir die Klimakrise entgegentreten wollen, dürfen wir also nicht nur CO₂-Emissionen reduzieren, sondern müssen für Klimagerechtigkeit eintreten, Rassismus bekämpfen und bestehende Machtstrukturen durchbrechen.

Berlin

Berlin trägt als europäische Großstadt eine Mitverantwortung für die Klimaschäden im Globalen Süden und muss durch klimagerechtes Handeln einen entsprechenden Beitrag leisten, um die Folgen der Klimakrise zu begrenzen. Konkret bedeutet das, dass die Energieerzeugung auf ausschließlich erneuerbaren Energien umgestellt und der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden muss. Bestenfalls sollte dieser kostenlos sein, damit mehr Menschen diesen nutzen. Gebäude müssen saniert werden, die Radinfrastruktur ausgebaut und vieles mehr.



Foto: FFF Deutschland

Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass vor allem wir Menschen im Globalen Norden unser gewohntes Leben und unser Konsumverhalten überdenken müssen (siehe Handout: Nachhaltig verbrauchen, Nachhaltig mobil und Nachhaltige Ernährung).

Bei all diesen Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen und die unser alltägliches Leben betreffen, dürfen wir nicht vergessen, einen Blick in unsere Gesellschaft zu werfen. Denn auch unsere Gesellschaft ist geprägt von sozialer Ungleichheit, Diskriminierung und Rassismus. Zum einen sollte uns klar sein, dass Menschen mit einem höheren Einkommen durchschnittlich mehr Ressourcen verbrauchen und somit auch mehr CO₂-Emissionen verursachen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit brauchen wir eine solidarische Gesellschaft. Zum anderen müssen wir unbedingt beachten, dass auch in Deutschland und Berlin die sozial Benachteiligten, Diskriminierten und von Rassismus Betroffenen stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen sein werden, da sie über vergleichsweise weniger Möglichkeiten (finanziell und strukturell) verfügen, um sich zu schützen und an Veränderungen anzupassen. Das bedeutet, dass wir bei allen Entscheidungen, die das Entgegenwirken der Klimakrise betreffen, die soziale Frage mitdenken müssen.